

Präsidentin des Nationalrates
Mag. Barbara PRAMMER

Parlament
1017 Wien

XXIV. GP.-NR
7764 /AB

03. Mai 2011

zu 7838 /J

Wien, am 3. Mai 2011

Geschäftszahl:
BMWFJ-10.101/0062-IK/1a/2011

In Beantwortung der schriftlichen parlamentarischen Anfrage Nr. 7838/J betreffend „die Abwanderung hochqualifizierter Arbeitskräfte“, welche die Abgeordneten Josef A. Riemer, Kolleginnen und Kollegen am 3. März 2011 an mich richteten, stelle ich fest:

Antwort zu den Punkten 1 und 2 der Anfrage:

Nein.

Antwort zu Punkt 3 der Anfrage:

Daten darüber, wie viele in Österreich ausgebildete Arbeitskräfte in welchen Ländern ihren Arbeitsplatz haben, liegen mangels Verpflichtung zur Registrierung nicht vor. Auch aus dem Auslandsösterreicher-Netzwerk des Bundesministeriums für europäische und internationale Angelegenheiten sind lediglich ungefähre Zahlen betreffend die im Ausland *lebenden* Österreicher zu gewinnen. Die im Ausland *arbeitenden* Österreicher stellen naturgemäß eine Teilmenge dar, über deren Größe keine Informationen vorliegen. Mit Stand Oktober 2009 lebten laut Auslandsösterreicher-Netzwerk des Bundesministeriums für europäische und internationale Angelegenheiten geschätzte 470.000 Österreicher im Ausland. Etwa



353.100 sind bei den Vertretungsbehörden registriert; diese Registrierung ist freiwillig. Demnach leben die meisten Auslandsösterreicher in Deutschland (230.000), der Schweiz (40.000), den USA (30.300), der Republik Südafrika (20.000), in Australien und Großbritannien (je 15.000), sowie in Brasilien und Argentinien (je 11.000).

Antwort zu Punkt 4 der Anfrage:

Weder nationale noch europäische oder internationale Daten liefern verlässliche und aussagekräftige Zahlen betreffend die Abwanderung nach Berufsgruppen. Gemein ist den Daten jedoch, dass es sich naturgemäß (aufgrund der beruflichen Chancen, der Sprachenkenntnisse etc.) eher um gutqualifizierte Personen handelt, die aus kleineren oder ärmeren Volkswirtschaften stammen.

Antwort zu Punkt 5 der Anfrage:

Mit der Verbesserung der Rahmenbedingungen für F&E sowie der Erhöhung der Forschungsquote verfolgt die österreichische Bundesregierung einen ambitionierten Weg, mit dem Österreich als wissensbasierte, innovative und wettbewerbsfähige Volkswirtschaft weiter gestärkt werden soll, um nachhaltig Wohlstand und Arbeitsplätze zu schaffen. Bis zum Jahr 2020 soll die F&E-Quote 3,76% des BIP betragen, die Aufwendungen sollen dabei zumindest zu 66%, aber möglichst zu 70%, von privater Seite getragen werden. Österreich soll dadurch noch mehr als bisher zu einem attraktiven Forschungsstandort werden, wodurch sich gerade für hochqualifizierte Personen attraktive Arbeitsplätze ergeben.

Die gemeinsame Ansiedlungsstrategie des Bundesministeriums für Wirtschaft, Familie und Jugend und der Austrian Business Agency (ABA) wird sich 2011 weiterhin auf die Akquirierung hochwertiger Unternehmensfunktionen konzentrieren. Für die Durchführung der sogenannten ABA-Sonderprojekte stellte das Wirtschaftsministerium in den letzten Jahren der ABA Sondermittel zur Verfügung.

Diese Projektlinien werden auch im Jahre 2011 fortgesetzt werden, z.B. Kommunikationskampagne "Forschungsplatz Österreich" zur Verbesserung des Auslandimages Österreichs als Forschungsstandort und der Realisierung von F&E-Ansiedlungsprojekten in Österreich, oder die ABA - Headquarterinitiative mit dem Ziel, den Headquarterstandort Österreich nachhaltig zu stärken. Auch diese Initiativen führen zu mehr hochwertigen Jobs für Spitzenkräfte.

